



Ökologisch, wirtschaftlich und sozial auf Kurs!

Gespräch mit dem Vorsitzenden der GRÜNEN Kreistagsfraktion Wesel, Hubert Kück

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der aktuellen globalen Herausforderungen auf die Menschen im Kreis Wesel?

Wir leben in unruhigen Zeiten. Mit Wucht haben sich Corona, Inflation, Zins- und Preissteigerungen, Klimakatastrophe, Flüchtlingszuwachs und Fachkräftemangel in unser privates und in das politische Leben gedrängt und sind geblieben. Und immer noch macht uns der seit zwei Jahren anhaltende völkerrechtswidrige Krieg Putins gegen die Ukraine fassungslos.

Der Terroranschlag der Hamas auf israelische Zivilisten mit all seinen Folgen für das Land und auch für die Palästinenserinnen und Palästinenser erschüttert uns ebenso. Und die Krisen der Zeit gehen einher mit berechtigten Ängsten um Sicherheit, um die eigene Zukunft, um die unserer Kinder, Enkelkinder, um den Arbeitsplatz, um wirtschaftliche Stabilität. Kurz: Es geht um Existenzängste.

Große Herausforderungen gibt es auch direkt vor Ort. Wie wollen Sie sich beispielsweise dem wachsenden Rechtsextremismus entgegenstellen?

Seit Neuestem muss man leider auch die nicht mehr nur latente Gefahr von Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Umsturzfantasien wahrnehmen.

Gleichzeitig können wir aber auch froh sein, wenn wir aktuell auf die Proteste auf den Straßen in ganz Deutschland blicken. Wir können wieder Mut schöpfen. Millionen von Menschen demonstrieren gegen die Angriffe auf unsere Demokratie von rechts. Die Menschen grenzen sich klar von Rechtsextremisten und deren Parolen ab, denn eins ist klar: Populistische, rechte Parolen bringen keine Lösungen.

„Rechtes Gedankengut ist also wahrlich keine Alternative für Deutschland – es ist genau das Gegenteil.“

Der Bundespolitik wird derzeit aber vorgeworfen, die Spaltung im Land voranzutreiben. Wie wirkt sich die Politik der Ampel in Berlin Ihrer Ansicht nach auf den Kreis Wesel aus?

Lassen Sie mich auf Ihre Frage zunächst darauf eingehen, welche Mammutaufgabe auf die Bundesregierung wartete, also sie 2021 ins Amt kam.

Lieferengpässe, hohe Inflationsraten, kurzfristig rasanter Zinsanstieg, massive wirtschaftliche Auswirkungen durch Putins Angriffskrieg, Gas und Ölpreise schnellten in die Höhe und sind historisch beispiellos. Diese Herausforderungen beschäftigen natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger des Kreises.



Nach dem Ende der Regierungszeit von Angela Merkel, musste nun die vermeintliche Komfortzone verlassen werden. 16 Jahre Angela Merkel haben de facto einseitige Abhängigkeiten geschaffen. So haben die unionsgeführten Bundesregierungen der letzten Jahre Mehltau über das Land gezogen und zum Beispiel dem lächelndem China unsere Märkte geöffnet. Unsere einstigen wirtschaftlichen Kerngeschäfte wurden zum Teil verkauft.

„Hätten Sie Habecks Amtsvorgänger die Lösungen für diese Krisen zugetraut?“

Politisch gewollte Einseitigkeiten und gute, nachbarschaftlich enge Beziehungen zu Putin haben die Wirtschaft in eine sträfliche Abhängigkeit getrieben. Wir waren aber auch am Fliegenfänger Putins – freiwillig – wider aller wirtschaftlicher Vernunft und Klarsicht. Und deshalb war die Neujustierung der Wirtschaft dringend geboten – weg von einseitigen Abhängigkeiten. Eine somit erzwungene – aber dringend notwendige – Abkehr dieser verfehlten Abhängigkeitspolitik Angela Merkels musste die Ampel in Berlin schultern.

Multiple Krisen mussten angepackt und die deutsche Wirtschaft neu ausgerichtet werden. Und der Winter stand seinerzeit vor der Tür und Putin drehte den Gashahn zu. Und ganz ehrlich: Hätten sie Habecks Amtsvorgänger die Lösungen für diese Krisen zugetraut?

Aber allen Unkenrufen zum Trotz: Wir sind gut durch die beiden Winter gekommen, die Inflation geht wieder signifikant zurück, die Gasvorräte sind wieder gesichert, die Wirtschaftskraft steigt – wenn auch moderat – und die längst überfällige und von der Regierung Merkel ideologisch und wider besseren Wissens verschleppte Energiewende kommt endlich voran. Habeck und sein Ministerium haben es eben gewuppt. Punkt.

Zurück von der Bundes- zur Kommunalpolitik: Was ist das zentrale Ziel der GRÜNEN Kreistagsfraktion für 2024 und 2025 im Kreis Wesel?

Eines unserer zentralen Ziele war und ist es, die kreisangehörigen Kommunen finanziell zu entlasten. Mit einem reduzierten Hebesatz von 35,95% in 2024 und 36,2% in 2025 wird uns dies deutlich gelingen. Dabei gehen wir verantwortungsvoll vor. Die zukünftig Kreisumlage steigt nicht explosionsartig an. Die Kreisumlage muss weiter ein verlässlicher Faktor für die Haushalte der kreisangehörigen Kommunen bleiben. Auch die Liquidität der Kommunen wird berücksichtigt. Die Zahlungszeitpunkte der Kreisumlage sollten zukünftig quartalsweise angelegt werden. Diese Maßnahmen entlasten unsere Kommunen signifikant.

Da die Kreisverwaltung – auch mit unserer Unterstützung – in den letzten Jahren trotz der beschriebenen multiplen Krisen sehr erfolgreich den Haushalt bewirtschaftet hat, kann bereits im Planansatz die Ausgleichsrücklage durch einen globalen Minderaufwand von 1% geschont werden. Wir reden hier über 8,3 Mio. Euro! Auch dies ist ein wichtiges Signal an die kreisangehörigen Kommunen. Der Kreis bietet Planungssicherheit und Kontinuität auch nach 2025. Wir sind und bleiben ein verlässlicher Faktor in Sachen kommunale Finanzen!

Neben der soliden Finanzplanung und der Entlastung der Kommunen: Was haben Sie noch auf den Weg gebracht, das den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Wesel direkt zugutekommt?

Intensiv haben wir uns auch bei unseren Haushaltsberatungen den wichtigen Aufgaben der Wohlfahrtsverbände beschäftigt. Egal ob bei der Hilfe für Wohnungslose, für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder bei den zahlreichen Beratungsstellen: Hier werden wichtige Aufgaben für die betroffenen Menschen im Kreis übernommen. Vor dem Hinter-

grund der notwendigen Arbeit und der steigenden Sach- und Personalkosten, die durch die verschiedenen globalen Krisen besonders ins Gewicht gefallen sind, werden wir die finanzielle Unterstützung deutlich erhöhen.

Das Fördervolumen wird von 3,4 Mio. Euro für 2024 und 3,6 Mio. Euro für 2025 festgelegt. Das sind für 2024 rund 410.000 Euro mehr als die Kreisverwaltung in ihrem Haushaltsentwurf vorgesehen hatte. Für 2025 ist es sogar ein Plus von 470.000 Euro. Geld also, mit dem die Arbeit in den nächsten Monaten erfolgreich im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger fortgesetzt werden. Zusätzlich wollen wir gemeinsam mit der CDU-Fraktion den von uns initiierten Verhütungsmittelfond weiter mit finanziellen Mitteln aufstocken.

Dabei orientieren wir uns an den konkreten Rückmeldungen der Beratungsstellen. Am unsinnigen Überbietungswettbewerb wie ihn die SPD betreibt, werden wir uns nicht beteiligen.

Angesichts der globalen und finanziellen Herausforderungen: Wie wollen Sie den Klimaschutz im Kreis Wesel weiter voranbringen?

Nach den tiefgehenden, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schocks hat die Akzeptanz konkreter Klimaschutzmaßnahmen gelitten. Die Gefahren durch den Klimawandel dauern an und werden sich verschärfen!

Bestes Beispiel: In den vergangenen Jahren hatte Deutschland mit einer extremen Dürre zu kämpfen. Viel zu wenig Regen in Herbst und Winter, deutlich zu trockene Phasen in Frühling und Herbst. Nun gibt es andere Nachrichten. Die Böden haben sich nach Auskunft des Landesbetriebs Wald und Holz wieder erholt und sind nach der ausgiebigen Regenperiode gut durchfeuchtet.

„Die Gefahren durch den Klimawandel dauern an und werden sich verschärfen.“

Das sind vom Prinzip optimale Startbedingungen für den kommenden Sommer. Jedoch um den Folgen des rasanten Klimawandels zu begegnen, wird bei uns im Kreis die erste Waldbrandüberwachungszentrale für NRW eingerichtet. Um verheerende Brände frühzeitig bekämpfen zu können wird eine flächendeckende Überwachung der Wälder durchgeführt. Damit möglichst schnell auf Brände reagiert werden kann.

Das Thema Kiesabbau beschäftigt Sie und Ihre Fraktion schon viele Jahre. Wie werden Sie sich zum neuen Regionalplan Ruhr positionieren?

Im Kreis Wesel ist der neue Regionalplan Ruhr kein Grund zum Feiern, sondern ein Grund zum Klagen, und zwar vor Gericht. Denn der Plan des RVR sieht vor, dass im Kreis Wesel 17 neue Baggerlöcher für den Abbau von Kies und Sand für die Bauindustrie entstehen sollen. Diesen Raubbau kritisieren die betroffenen Kommunen, der Kreistag, Umweltschützer und die betroffenen Menschen gemeinsam seit Jahren. Denn hier geht unwiederbringlich wertvolle Landschaft verloren. Wir unterstützen daher die Klage gegen den Regionalplan Ruhr.

Zur Erinnerung: 2022 sind wir schon einmal mit einer Klage erfolgreich gegen den geänderten Landesentwicklungsplan beim Oberverwaltungsgericht vorgegangen. Ich bin sicher, wenn Sie uns auf allen Ebenen dabei unterstützen, werden wir auch dieses Mal erfolgreich sein!



JÜRGEN BARTSCH Kreistagsmitglied

GRÜNE stellen Prüfauftrag zur nachhaltigen Radwegeentwicklung im Kreis Wesel

Der Radwegeausbau im Kreis Wesel ist wichtiger Bestandteil zum Gelingen der Verkehrswende. Hierbei geht es aber nicht nur um den quantitativen Ausbau der Radwege, sondern auch darum, eine nachhaltige Entwicklung des Radverkehrs voranzutreiben.

„Wir haben daher den Prüfauftrag an die Verwaltung gerichtet, wie und in welcher Form Radwege, bei denen der Kreis Wesel Baulastträger ist, nachhaltiger und sicherer gestaltet werden können – insbesondere unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Mobilität und der Optimierung des Radwegenetzes“, so Jürgen Bartsch, der fahrradpolitische Sprecher der Weseler Kreistagsfraktion.

Weiter soll unter dem Gesichtspunkten Diversität, Klimawandel und Klimafolgenanpassung geprüft werden, inwieweit klimaresistente Baumarten entlang der Radwege gepflanzt werden können, die zudem für eine Beschattung der Radwege sorgen.

„Kreisverwaltung muss auch beim Ausbau der Photovoltaik-technik endlich Klassenbester werden“

Um die Klimaziele zu erreichen und insbesondere auch die klimafreundliche Mobilität zu unterstützen, müssen nach Ansicht von Bartsch viel mehr Flächen zur Nutzung von erneuerbaren Energien herangezogen werden. Ein wesentliches Potential ergibt sich aus den bereits versiegelten Parkflächen. Hier kann nachhaltig eine doppelte Flächennutzung umgesetzt werden, auf der klimafreundlicher und günstiger Solarstrom produziert werden kann. Darüber hinaus könnten sich aus der Überdachung von Parkflächen positive Nebeneffekte im Rahmen der Klimawandelanpassung ergeben.

„Deshalb haben wir auf unsere Initiative hin die Fachverwaltung beauftragt, die Umsetzung des Kreistagsbeschluss ‚Klimaaufbau Wesel‘ stärker voranzutreiben und rasch weiter umzusetzen. Den ersten Aufschlag hatten wir hierzu bereits 2021 vorgenommen. Bisher ist aber noch Luft nach oben vorhanden“. Die Kreisverwaltung wurde ebenfalls beauftragt, den aktuellen Stand bis zur Sommerpause 2024 darzustellen und gleichzeitig zu prüfen, welche geeigneten Parkplatzflächen auf den kreiseigenen Grundstücken möglichst vollständig mit PV-Modulen bestückt werden können. ■



LUKAS ASTER Kreistagsmitglied

Verbot von E-Scootern in Bussen überzogen

Das ist für viele Pendler eine böse Überraschung: Ab sofort ist die Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Bahnen verboten – aus Brandschutzgründen. Nach Vorfällen in London und Barcelona bleibt das beliebte Verkehrsmittel im ÖPNV künftig draußen. Schuld daran sind nach Angaben des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) brandgefährliche Modelle aus der weiten Welt des Internets.

Die Nachricht ist für alle, die die letzte Meile klimafreundlich überwinden wollen oder ein versteckt liegendes Gewerbegebiet mit dem handlichen Roller zu erreichen haben, eine Katastrophe. Die kleinen Flitzer seien unverzichtbar und gehörten zum klimaschonenden Mobilverbund einfach dazu, so die GRÜNEN. Denn Mobilstationen sind im Kreis Wesel rar, sichere Abstellmöglichkeiten nicht gegeben.

„Wir sehen ungleiche Behandlung bei Verkehrsmitteln“

„Man stelle sich einmal vor: Von jetzt auf gleich würde man allen Autofahrern verbieten, Fähren und Tiefgaragen zu benutzen

oder Tankstellen anzufahren – wegen der realen Brandgefahr von Fahrzeugen. Schlimmer noch: Gleichzeitig steht gefährlicher Billigkram auf zwei Rädern nachts während des Ladevorgangs in Wohnungen, Treppenhäusern und Garagen, wo er ein vielfach höheres Risiko für den Besitzer und die ganze Nachbarschaft darstellt“, sagt Lukas Aster, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN im Weseler Kreistag.

Bei dem Verbot handelt es sich um eine Vorsichtsmaßnahme, die eigentlich der Sicherheit aller dienen soll, aber kaum vermittelbar ist: Sie trifft die Nutzer von für den Straßenverkehr zugelassenen Fahrzeugen hart, nicht aber die dubiosen Hersteller dieser Zeitbomben. Nach Ansicht von Aster sind nicht die Verkehrsunternehmen, sondern der Gesetzgeber für dieses Problem zuständig. Aster weiter: „Da stellt sich die Frage, wie es überhaupt sein kann, dass Modelle mit erhöhtem Brandrisiko ein behördliches Versicherungskennzeichen erhalten können, wenn schon bekannt ist, dass diese Modelle buchstäblich brandgefährlich sind.“ ■



Wir begrüßen die Entscheidung zur Modernisierung der RB31-Strecke zwischen Rheinberg und Xanten

Die Deutsche Bahn hat im Februar mitgeteilt, dass sie die Strecke zwischen Rheinberg und Xanten modernisiert. Sie folgt damit einer Forderung der GRÜNEN Kreistagsfraktion. Rund 92 Millionen Euro fließen, so die DB, in die Digitalisierung der Infrastruktur mit modernen Stellwerken und neuer Leit- und Sicherungstechnik. Nun hat die DB mit der Planung für die 20 Kilometer lange Strecke begonnen.

Hierzu Lukas Aster, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN Kreistagsfraktion: „Endlich nimmt die DB Netz die Modernisierung des Streckenabschnittes zwischen Xanten und Rheinberg in Angriff. Für die Nutzerinnen und Nutzer der RB31 ein echter Grund zu feiern. Nun können wir uns auf eine gelingende Operation am gelähmten Rückgrat des linksniederrheinischen Nahverkehrs hoffen.“

Bei allen Schwierigkeiten und Problemen, die noch kommen mögen – mancher denkt heute vielleicht schon an die Organisation eines Schienenersatzverkehrs während der Bauphase – sei heute laut Aster Dank gesagt allen, die im VRR mit Umsicht bei der DB Netz offenbar erfolgreich Gespräche geführt haben. Stellvertretend für viele sei hier der VRR-Vorstand genannt, der in seinen öffentlichen Stellungnahmen die verschiedenen Anforderungen an die Modernisierung als gemeinsames Ziel ausgegeben hat: Zuverlässigkeit, Barrierefreiheit, Sicherheit an Bahnübergängen, Taktverdichtung, Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit.



„So geht Schienenverkehr!“

„Ein zweiter Dank geht an Landrat Ingo Brohl, an die Kreisverwaltung und an alle demokratischen Kräfte im Weseler Kreistag, die sich seit Jahren hartnäckig im Zweckverband Nahverkehr für eine Verbesserung der unhaltbaren Situation eingesetzt haben. Ohne ihre Hartnäckigkeit würden wir immer noch ohne Perspektive dastehen. Ein dritter Dank geht an Landesverkehrsminister Oliver Krischer, weil er immer und auch vor Ort ein offenes Ohr für die Bahnprobleme am Niederrhein hatte. Ohne ihn und ohne das jahrelange Engagement der GRÜNEN entlang der Strecke und der GRÜNEN Kreistagsfraktion wären wir nicht so weit gekommen“, so Aster abschließend. ■

Weitere GRÜNE Haushaltsinitiativen für 2024 und 2025



JÜRGEN BARTSCH Kreistagsmitglied

Aktualisierung des Straßen- und Radwegeprogramms für den Kreis Wesel

Der Radverkehr hat in den letzten Jahren für die Mobilität der Menschen im Kreis Wesel weiter an Bedeutung zugenommen – insbesondere als Alternative zum Autoverkehr. Dieser Entwicklung wollen wir Rechnung tragen. Ziel soll es sein, ein möglichst flächendeckendes Radverkehrsnetz herzustellen.

„Deshalb ist auf unsere Initiative hin die Verwaltung beauftragt worden, das Straßen- und Radwegebauprogramm für den Kreis Wesel für die Jahre 2022 bis 2032 unter vorrangiger Bezugnahme auf das RVR-Radwegekonzept und das Mobilitätskonzept des Kreises Wesel hinsichtlich zu priorisierender Maßnahmen zu aktualisieren“, so Kreistagsmitglied Jürgen Bartsch. Für Maßnahmen des Radwegebaus im Bereich Neubau und Erweiterung, sollen nun 400.000 Euro zusätzlich in den Kreishaushalt eingestellt werden. ■



AXEL PAULIK Kreistagsmitglied

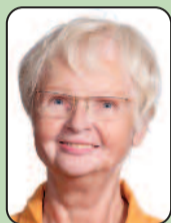
Stärkung der Verkehrssicherheit im Kreis Wesel

Überhöhte und nicht angepasste Geschwindigkeit ist nach wie vor die Hauptursache für schwere und tödliche Verkehrsunfälle. Semistationäre Geschwindigkeitsmessanlagen messen zuverlässig mit geringem Personalaufwand die Geschwindigkeit vorbeifahrender Fahrzeuge, die tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit an gefährlichen Stellen wird dadurch in der Folge reduziert.

„Diese Anlagen sind ein wichtiger Baustein im Kreis Wesel – auch in Zusammenarbeit mit der Kreispolizei – zur Verhinderung und Vermeidung schwerer Verkehrsunfälle. Die Anlagen dienen somit dem Schutz aller Verkehrsteilnehmer“, so Kreistagsmitglied Axel Paulik. „Vor diesem Hintergrund wurde auf unsere Anregung hin mit der CDU-Fraktion beantragt, zwei weitere semistationäre Geschwindigkeitsmessanlagen zu einem Anschaffungswert in Höhe von 170.000 Euro je Gerät anzuschaffen.“

Die Investition sei laut Paulik im Interesse der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer*innen angemessen, die sich an die Straßenverkehrsordnung halten würden.

Bei den diesjährigen Haushaltsberatungen hatten die GRÜNEN ferner festgestellt, dass die geplanten Ansätze bei der Verkehrsüberwachung im Haushaltsentwurf 1 Million Euro unter den voraussichtlichen Einnahmen in 2023 liegen. Die bisherigen Erfahrungen zeigten aber leider, dass der Lerneffekt bei Temposündern nicht allzu groß ausfallen würde. „Daher kann man auch nicht von weniger Einnahmen als in den Vorjahren ausgehen“, so Paulik. „Wir haben daher beantragt, dass die Einnahmen aus Bußgeldern des Straßenverkehrs im Haushaltsplan erhöht werden. Dabei wurden die Ansätze in 2024 um 250.000 Euro auf 5,25 Millionen Euro und 2025 von 5 Millionen Euro auf 5,5 Millionen Euro festgesetzt.“ ■



ELISABETH HANKE-BEERENS Kreistagsmitglied

Erhöhung der Haushaltsansätze für den Verhütungsmittelfonds

Den Rückmeldungen der Beratungsstellen für Frauen im Kreis Wesel war zu entnehmen, dass die bereitgestellten Mittel des Verhütungsmittelfonds in Höhe von 10.000 Euro in den ersten sechs Monaten bereits zu 75 % ausgeschöpft waren. Die GRÜNEN hatten bereits 2023 die Initiative ergriffen, einen solchen Fonds einzusetzen aus dem Frauen und Männer, die mit staatlicher Unterstützung leben, Hilfe zur Familienplanung erhalten können. Nach Einschätzung der sozialpolitischen Sprecherin der GRÜNEN Fraktion im Weseler Kreistag, Elisabeth Hanke-Beerens, „liegt es doch auf der Hand, dass die im Entwurf des Haushaltsplans für die Jahre 2024 und 2025 zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel in Höhe von je 10.000 Euro der Nachfrage in Jahr 2024 nicht gerecht werden können.“

Ungewollte Schwangerschaften sind nach Ansicht der GRÜNEN auch in aufgeklärten Zeiten immer noch in großer Zahl zu beklagen. In der überwiegenden Anzahl der Fälle ist der Grund, dass Frauen das Geld für ein Verhütungsmittel nicht aufbringen können und Männer sich dieser Verantwortung nicht stellen. Ziel müsse es sein, dass auch aus finanzieller Sicht eine selbstbestimmte Familienplanung möglich ist. Mit steigender Bekanntheit und steigenden Preisen sei für das Jahr 2025 mit einem weiter steigenden finanziellen Bedarf zu rechnen. ■



„Wir haben daher beantragt für das laufende Haushaltsjahr 15.000 Euro und für das Jahr 2025 20.000 Euro für den Verhütungsmittelfonds zur Verfügung zu stellen. Am sachgrundlosen Überbietungswettbewerb der SPD, werden wir uns nicht beteiligen“, so Hanke-Beerens.

Die SPD-Opposition hatte in einem Antrag im laufenden Jahr 20.000 Euro gefordert. Nach Ansicht der GRÜNEN, seien diese Mittel überhaupt nicht mehr in diesem Jahr zu verausgaben, da unter anderem die Mittel erst nach der Haushaltsgenehmigung durch die Bezirksregierung in Düsseldorf freigegeben werden. ■



HELGA FRANZKOWIAK Kreistagsmitglied

Mittel zur Anpflanzungen von Hecken im Rahmen des Heckenwettbewerbs 2023

Dieser Heckenwettbewerb war im Jahr 2023 ein großer Erfolg im Kreis Wesel mit positiver Resonanz in der Öffentlichkeit und der Presse. Viele erfolgreiche Bewerbungen sind bei der Kreisverwaltung eingegangen. Die Jury konnte leider nur einen Teil hiervon aufgreifen und prämiieren.

Nach Ansicht der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Helga Franzkowiak, ist den GRÜNEN daran gelegen, „das die Neuanlagen von Hecken kontinuierlich fort-

gesetzt werden und somit die Pflege und Erhalt in Zukunft gewährleistet werden. Für die Anpflanzungen von weiteren Hecken und deren Pflege haben wir für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 erneut beantragt, jeweils 250.000 Euro bereitzustellen.“

Die Mittel sollen vorrangig für Konzepte eingesetzt werden, die 2023 im Rahmen des auch von den GRÜNEN initiierten Wettbewerbs nicht prämiert werden konnten. ■



Sie wollen stets gut informiert sein?

Dann besuchen Sie einfach unsere Internetseite.

Hier finden Sie alle Informationen zu uns und unserer Arbeit im Kreis Wesel unter:

www.gruene-kreistagsfraktion-wesel.de

GRÜNE KREISTAGSFRAKTION WESEL





HUBERT KÜCK Fraktionsvorsitzender

HELGA FRANZKOWIAK umweltpolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion

GRÜNE im Weseler Kreistag unterstützen Klage gegen Regionalplan Ruhr

Die GRÜNE Kreistagsfraktion wird sich weiter dafür einsetzen, dass die nieder-rheinische Heimat nicht durch die Kiesindustrie und mit Schützenhilfe der Regionalplanung aus Essen abgegraben wird. Besonders ein Gutachten von Prof. Dr. Beckmann hätten die bisherigen Einschätzungen der GRÜNEN gestärkt, dass der Regionalplan Ruhr rechtswidrig sei. Man musste auch nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster feststellen, dass die zwischenzeitlich pensionierte Chef-Planerin Geiß-Netthöfel und deren Behörde in Essen nichts dazu gelernt hat.

„Die Regionalplanungsbehörde ist in diesen Fragen offenbar beratungsresistent. Sie missachtet erneut und konsequent die Rechtsprechung aus Münster und wollte auf Biegen und Brechen den Regionalplan Ruhr umsetzen“, so der Fraktionschef Hubert Kück. Nachdem bereits 2022 die 1. Änderung des Landesentwicklungsplans durch die Klage des Kreises Wesel zurückgenommen wurde und dadurch eine 3. Offenlage des Regionalplans durchgeführt werden musste, hatten die GRÜNEN gehofft, dass die Flächenausweisung für Abgrabungen auf die geforderte 20-jährige Versorgungssicherheit zurückgenommen wird.

„Wir sind überzeugt, dass auch diese Klage vor Gericht erfolgreich sein wird!“

HUBERT KÜCK
Fraktionsvorsitzender

Laut Kück und seiner Fraktion stehe weiterhin fest, dass die Planungsbehörde in Essen die Umweltbelange unzureichend gewürdigt und selbst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Klimafol-



gen sträflich vernachlässigt hat. Die Ermittlung, Bewertung und Berücksichtigung der Flächeninanspruchnahme in Verbindung mit dem Flächenverlust und die entstehenden Treibhausemissionen seien Beweis für die Rechtswidrigkeit des Plans. Aber auch das oft zitierte Gebot der gerechten Abwägung bei der Raumordnung sei nicht berücksichtigt worden. Damit sei der Kreis Wesel durch die ausgewiesenen Abgrabungsflächen für Kies und Sand deutlich benachteiligt.

Nun hat nach dem Willen der Regionalplanungsbehörde und ohne jegliche Kritik durch die Landesplanungsbehörde in Düsseldorf der umstrittene Regionalplan Rechtskraft erlangt. Laut Helga Franzkowiak, Fraktions-Vize und umweltpolitische

Sprecherin, sei dies für die GRÜNE Kreistagsfraktion „nicht überraschend, aber doch sehr enttäuschend und durchaus unverständlich.“

„Der Regionalplan beschert der Kiesindustrie für 37 Jahre Abgrabungsflächen.“

HELGA FRANZKOWIAK
umweltpolitische Sprecherin

Der RVR habe aber trotzdem wieder im Einvernehmen mit der Landesplanung „eine ordentliche Schippe“ auf die eigenen Vorgaben draufgepackt. Faktisch beschert dieser neue Plan unter Berücksichtigung

des fortgeschriebenen Abgrabungsmonitorings der Kiesindustrie Flächen, die nach Ansicht von Franzkowiak, für 37 Jahre ausreichen. „Ganz offensichtlich hat das Urteil aus 2022, das der damaligen Landesplanung erhebliche Defizite bei der Abwägung zur Erhöhung der Versorgungszeiträume bescheinigt hatte, nicht die nötige Einsicht gebracht“.

Laut Kück und Franzkowiak setzt sich die GRÜNE Kreistagsfraktion weiterhin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass dem ungebremsten Raubbau an der niederrheinischen Landschaft und Heimat Einhalt geboten wird. Eine erneute Klage vor dem Oberverwaltungsgericht war deshalb unausweichlich und wird konsequent unterstützt. ■



ULRIKE TRICK Kreistagsmitglied

Fraktion vor Ort – Besuch der NABU Greifvogelstation Wesel

Im Rahmen der Reihe „Fraktion vor Ort“ haben Mitglieder der GRÜNEN Kreistagsfraktion der NABU Greifvogelstation in Wesel einen Besuch abgestattet. Hintergrund des Termins sind die großen finanziellen Herausforderungen, vor denen die Station derzeit steht. Auch durch neue gesetzliche Regelungen muss die Station grundlegend saniert und zum Beispiel die alten Volieren durch neue und artgerechtere ersetzt werden.

Beim Betreten der in die Jahre gekommenen Anlage wurde schnell deutlich, dass sich „die Volieren teilweise in einem desolaten Zustand befinden und eine grundlegende Sanierung auch ohne neue gesetzliche Vorgaben dringend angeraten wäre“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrike Trick.

Da die Bezirksregierung aber lediglich die Versorgungskosten für Futter und kleinere Reparaturen übernimmt, bemühe sich der NABU, die benötigten Gelder für einen Umbau über Spenden zu sammeln. Personalkosten würden von der Bezirksregierung in der Regel nicht übernommen, so Trick weiter.



NABU-Chef Peter Malzbender berichtete den Gästen, dass sich alleine die Materialkosten auf rund 100.000 Euro belaufen werden. Der Aufbau erfolge weitestgehend durch ehrenamtliche Arbeit. Durch die ersten Spendengelder konnte eine neue große Freiflugvoliere errichtet werden. Diese entspricht neuesten Standards.

Ob und in welchem Tempo der weitere Umbau vonstatten gehen kann, wird in erster Linie von der Finanzierung abhängig sein.

Die GRÜNE Kreistagsfraktion sieht hierbei primär die Bezirksregierung bzw. das Land NRW in der Pflicht. Dies insbesondere aufgrund der Vorgabe, dass pro Regierungsbezirk eine entsprechende Auffangstation für Greifvögel vorgehalten werden soll. Trick: „Wir wollen darauf hinwirken, dass die Personalkosten der vier Auffangstationen in NRW zumindest anteilig gefördert werden. Zu prüfen ist, ob auch eine einmalige Unterstützungszahlung durch das Land zu den Umbaumaßnahmen in Frage kommt.“ ■

IMPRESSUM

Redaktion:
Kreistagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Reeser Landstraße 31,
46483 Wesel
Telefon 0281/2072004
gruene-fraktion@kreis-wesel.de

Entwurf, Satz, Produktion:
TYPOGRAF
Franken-Tuschen GbR
Kamp-Lintfort
typograf@johannes-tuschen.de

Besuchen Sie uns auch
in den
sozialen Netzwerken:

@GrueneKTFwesel

@gruenektwesel

